

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3382

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3382



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Weniger Regionales, steigende Preise und Denkverbote

2 x NEIN zu den extremen Agrar-Initiativen

Zurzeit werden zwei Volksinitiativen gegen den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln diskutiert. Bundesrat und Nationalrat lehnen beide Initiativen ohne Gegenvorschlag klar ab. Ein vollständiger Verzicht auf Pflanzenschutzmittel ist heute gemäss Bundesrat weder in der integrierten noch in der biologischen Produktion möglich. Der Bund setzt daher als Alternative auf den Aktionsplan Pflanzenschutz mit verbindlichen Reduktionszielen und auf eine schrittweise Risikoreduktion beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln im Rahmen der Agrarpolitik ab 2022 (AP 22+). Der Aktionsplan will die Risiken halbieren, und es sollen Alternativen zum chemischen Pflanzenschutz gefördert werden. Obwohl der Aktionsplan erst vor anderthalb Jahren verabschiedet wurde, wurden gemäss dem federführenden Bundesamt für Landwirtschaft von den 51 konkreten Massnahmen bereits 13 umgesetzt. Bei 34 Massnahmen laufen die Vorbereitungsarbeiten. Im Rahmen der Agrarpolitik ab 2022 ist ein zusätzliches Massnahmenpaket vorgesehen. Neu soll nur noch Direktzahlungen erhalten, wer auf Pflanzenschutzmittel mit erhöhtem Umweltrisiko verzichtet. Gegen die beiden Initiativen wehren sich die Landwirtschaft, die Wirtschaft, die Forscher, die Gärtner und Landschaftspfleger sowie Konsumentinnen und Konsumenten.

Initiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»

Die Initiative will synthetische Pflanzenschutzmittel in der landwirtschaftlichen Produktion, der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und der Boden- und Landschaftspflege verbieten. Verboten werden soll auch die Einfuhr von Lebensmitteln zu gewerblichen Zwecken, die synthetische Pflanzenschutzmittel enthalten oder mithilfe solcher hergestellt worden sind. Erlaubt ist weiterhin der private Einkauf im Ausland bzw. der Einkaufstourismus.

Die Initiative führt zu leeren Gestellen in den Läden: Die regionale landwirtschaftliche Produktion bricht ein, gewerbliche Importe sind kaum mehr möglich oder massiv überteuert. Die Preise für Lebensmittel explodieren. Die Initiative gefährdet die regionale landwirtschaftliche Produktion in der Schweiz (konventionell und bio), verteuert den Einkauf und die Produktion vieler KMU, blockiert das verarbeitende Gewerbe (z.B. Schokoladen- und Kaffeeindustrie) und belastet das Budget der Konsumentinnen und Konsumenten massiv. Ein Totalverbot von Pflanzenschutzmitteln sowie landwirtschaftlichen Desinfektionsmitteln gefährdet die Lebensmittelsicherheit und kommt einem Denkverbot gleich. Innovationen wären nicht mehr möglich.

Die Radikalität der Initiative zeigt sich auch bei der Umsetzung. Sie müsste sofort in Kraft gesetzt werden, nur in Notlagen könnte der Bundesrat in einer Übergangszeit die Bestimmungen lockern. Ein Totalverbot der meisten Pflanzenschutzmittel sowie von Desinfektionsmitteln auch in der Nahrungsmittelversorgung gefährdet die Lebensmittelversorgung und –sicherheit. Die Erfahrung zeigt. Technologieverbote führen zu Abwanderung der entsprechenden Forschung und schaden dem Denk- und Innovationsplatz Schweiz.

Initiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz» (Trinkwasser-Initiative)

Die Trinkwasser-Initiative fordert, dass Landwirtschaftsbetriebe nur noch Direktzahlungen erhalten, wenn sie (1) pestizidfrei produzieren, (2) ihre Tiere mit hofeigenem Futter – also ohne Futterzukauf und -importe – ernähren und (3) die Tiere nicht prophylaktisch mit Antibiotika behandeln.

Die Trinkwasser-Initiative belastet die regionale, landwirtschaftliche Produktion in der Schweiz und verteuert regionale Schweizer Produkte. Gleichzeitig würden die Importe stark zunehmen. Deshalb sollte die Trinkwasser-Initiative eigentlich Import-Initiative heissen. Die Initiative betrifft sowohl den konventionellen als auch den biologischen Anbau. Zudem gefährdet die Initiative die Lebensmittelsicherheit, denn Pestizide dienen als Desinfektionsmittel auch der Stallhygiene. Die Initiative schränkt die Forschung erheblich ein. Sie will, dass öffentliche Gelder nur noch in die pestizidfreie Produktion fliessen. Das Denkverbot verhindert, die Weiterentwicklung von Pflanzenschutzmitteln und Bioziden für die Landwirtschaft.

2 x NEIN zu den extremen Agrar-Initiativen

Bund und Produzenten tun schon heute viel, um Umwelt, Wasserqualität und Mensch zu schützen. Die Initiativen sind zu extrem und haben gravierende Auswirkungen: Sie schwächen die landwirtschaftliche Produktion und Verarbeitung in der Schweiz. Die Preise regionaler Produkte steigen, die Qualität sinkt und Innovationen werden blockiert.

Die Konsequenzen der extremen Agrar-Initiativen:

- **NEIN zu weniger regionalen Produkten**
Schweizer Produkte werden durch Importe oder Einkaufstourismus ersetzt. Die Abhängigkeit vom Ausland steigt. Das gefährdet die regionale Produktion und damit die Existenz vieler einheimischer landwirtschaftlicher Betriebe. Die Qualität und die Sicherheit der landwirtschaftlichen Produkte leiden. Sowohl die konventionelle als auch die biologische Produktion ist betroffen.
- **NEIN zu steigenden Preisen**
Die Verknappung des regionalen Angebots treibt die Preise für regionale Produkte in die Höhe. KMU, Mittelstand und sozial benachteiligte Personen bekommen die Preissteigerungen besonders zu spüren. Die sinkende Qualität regionaler Produkte fördert den Food Waste. Die Einschränkung von landwirtschaftlich genutzten Desinfektions- und Reinigungsmitteln in Produktion und Verarbeitung gefährdet die Lebensmittelsicherheit.
- **NEIN zu Denkverboten**
Die Initiativen schränken die Forschung ein. Verbote behindern Innovation im Pflanzenschutz. Wege zu einer nachhaltigeren Landwirtschaft werden blockiert. Die Schweiz als Forschungs- und Innovationsstandort wird geschwächt.

NEIN zur extremen Pestizidverbots-Initiative

... weil die Pestizidverbots-Initiative die inländische Produktion abwürgt und massiv verteuert.

Pflanzenschutzmittel (PSM) ermöglichen die Produktion von genügend Schweizer Lebensmitteln in der verlangten Qualität. Ohne PSM-Einsatz können Landwirte und Produzenten von Saatgut und Zierpflanzen ihre Kulturen nur ungenügend vor Krankheiten und Schädlingen schützen; auch Bio-Bauern wären betroffen. Der Verzicht auf Pflanzenschutz führt gemäss UNO (FAO) zu durchschnittlichen Ertragsverlusten von 40 Prozent. Bei einzelnen Kulturen sind Totalausfälle vorprogrammiert. Die Produktion in der Schweiz lohnt sich für viele nicht mehr. Arbeitsplätze gehen verloren, Existenzen sind bedroht. Die Verknappung des Angebots lässt die Preise für die Verarbeiter, Gastronomie, Hotellerie und Konsumenten explodieren. Besonders sozial Benachteiligte und Personen ohne Möglichkeit zum Einkauf im Ausland bekommen die Preissteigerungen zu spüren.

... weil die Pestizidverbots-Initiative die Ernährungs- und Lebensmittelsicherheit gefährdet.

Ohne PSM-Einsatz brauchen Landwirte und Produzenten wesentlich mehr Fläche für weniger Ertrag. Der Selbstversorgungsgrad sinkt drastisch und schränkt die Ernährungssicherheit ein. Der Verzicht auf Pestizide betrifft auch Biozide, also Reinigungs- und Desinfektionsmittel. Dadurch leidet die Stallhygiene. Ohne synthetische Biozide in der Verarbeitung und bei der Lagerung von Lebensmitteln wird die Einhaltung der Hygienevorschriften und die Gewährleistung der Sicherheit der Lebensmittel verunmöglicht. Um die Nachfrage zu befriedigen, bleiben nur überbeuerte Importe aus dem Ausland, die aber auch pestizidfrei produziert sein müssten

... weil die Pestizidverbots-Initiative Food Waste fördert.

Als Naturprodukte sind Kulturen den Einflüssen der Umwelt stark ausgesetzt. Ohne PSM nehmen die Schäden an Gemüse, Früchten und Pflanzen massiv zu. Qualitativ angeschlagene Produkte sind nicht nur weniger haltbar, sie lassen sich im Handel und bei den Konsumenten schlecht vermarkten und verkaufen. Ohne den Einsatz von PSM steigt dieser Anteil und der Food Waste nimmt zu.

... weil die Pestizidverbots-Initiative die Konsumenten bevormundet und Einkaufstourismus fördert.

Schweizerinnen und Schweizer haben die Wahl zwischen Produkten aus verschiedenen Regionen, Preisniveaus und Anbauarten. Diese Wahlfreiheit wird rege genutzt, ist durch die Initiative aber gefährdet: Ohne den Einsatz von PSM steigen die Preise für einheimische Nahrungsmittel massiv. Konsumentinnen und Konsumenten mit knappem Budget könnten weniger regionale Früchte und Gemüse essen. Weil Einkaufstourismus weiterhin erlaubt ist, würden viele auf ausländische Produkte umsteigen. Der Grenzverkehr nimmt zu. Das ist sowohl ökologisch als auch sozial fragwürdig. Es droht ein Schwarzmarkt mit privat importierten Produkten.

...weil ein Verbot von Pflanzenschutzmitteln einem Denkverbot gleichkommt.

Das Verbot von Pflanzenschutzmitteln sowie von Schädlingsbekämpfungs- und Desinfektionsmitteln in der landwirtschaftlichen Produktion und Verarbeitung Innovationen verunmöglicht. Das Verbot kommt einem Denkverbot gleich. Die Schweizer Landwirtschaft, die Verarbeitung soll nicht von neuen Erkenntnissen und Innovationen bei Pflanzenschutzmitteln und der Schädlingsbekämpfung profitieren. Das ist verantwortungslos und schadet der Nachhaltigkeit. Die Schweizer Industrie hat viel zur Verbesserung von Pflanzenschutzmitteln beigetragen. Schädliche Denkverbote bringen uns nicht weiter.

... weil das Importverbot Schweizer Industrien lahmlegt und den Wirtschaftsstandort schwächt.

Die Pestizidinitiative ist extrem wirtschaftsfeindlich. Tausende von Arbeitsplätzen in der Schweiz sind mit der Initiative gefährdet. Wegen des Importverbots von Lebensmitteln, die mit synthetischen Pestiziden produziert wurden, würden die Importe drastisch sinken und Schweizer Industrien wie die

Schokoladeproduktion oder die Veredelung von Kaffee massiv treffen. Betroffen vom Importverbot sind auch Bioprodukte, da auch in der Bioproduktion synthetische Pflanzenschutzmittel oder Biomittel mit synthetischen Komponenten eingesetzt werden. Die Nahrungsmittelverarbeitung und der Handel in der Schweiz kämen praktisch zum Erliegen. Durch den zunehmenden Einkaufstourismus sind auch zahlreiche KMU und Gewerbebetriebe in den Grenzregionen gefährdet. Infrage gestellt wären auch Sportarten wie Fussball, weil der Rasen nicht mehr unterhalten werden könnte. Und tangiert wäre auch die Sicherheit des öffentlichen Verkehrs, wegen dem mangelnden Unterhalt der Gleiseinfrastruktur.

... weil ein Verbot von Pflanzenschutzmitteln einem Denkverbot gleichkommt.

Das Verbot von Pflanzenschutzmitteln sowie von Schädlingsbekämpfungs- und Desinfektionsmitteln in der landwirtschaftlichen Produktion und Verarbeitung verunmöglicht Innovationen. Das Verbot kommt einem Denkverbot gleich. Der Schweizer Landwirtschaft und Verarbeitung wird untersagt, von neuen Erkenntnissen und Innovationen bei Pestiziden zu profitieren. Das ist verantwortungslos und schadet der Nachhaltigkeit. Schädliche Denkverbote bringen uns nicht weiter.

... weil die Pestizidverbots-Initiative Fortschritte und erreichte Erfolge verkennt.

Bund und Produzenten tun schon heute viel, um Umwelt, Wasserqualität und Mensch zu schützen. Der Einsatz von PSM ist in den letzten zehn Jahren um 27 Prozent gesunken – der Gebrauch von Herbiziden sogar um 45 Prozent. Mit dem Aktionsplan Pflanzenschutzmittel, der 2017 vom Bundesrat verabschiedet wurde, wird der Verbrauch zusätzlich abnehmen. Der Aktionsplan will die Risiken halbieren, und es sollen Alternativen zum chemischen Pflanzenschutz gefördert werden. Die Initiative verkennt, dass die Landwirtschaft bereits heute zahlreiche Methoden nutzt, um ihre Pflanzen vor Witterung, Naturereignissen, Unkraut und natürlichen Feinden zu schützen. Sie setzen Nützlinge ein, bauen resistente Sorten an, verwenden Techniken wie das Verwirrungssystem oder nutzen technische Innovationen. Zwei Jahre nach der Verabschiedung des Aktionsplans sind bereits wichtige Schritte zur Zielerreichung erfolgt, es braucht daher kein radikales Verbot, wie es die Initiative fordert.

NEIN zur schädlichen Trinkwasser-Initiative

... weil die Trinkwasser-Initiative die inländische Produktion abwürgt und massiv verteuert.

Pflanzenschutzmittel (PSM) ermöglichen die Produktion von genügend Schweizer Lebensmitteln in der verlangten Qualität. Ohne PSM-Einsatz können Landwirte und Produzenten ihre Kulturen nur ungenügend vor Krankheiten und Schädlingen schützen; auch Bio-Bauern sind betroffen. Der Verzicht auf Pflanzenschutz führt gemäss UNO (FAO) zu durchschnittlichen Ertragseinbussen von 40 Prozent. Bei einzelnen Kulturen kommt es zu Totalausfällen. Die Produktion in der Schweiz lohnt sich für viele nicht mehr. Der Verlust von Tausenden von Arbeitsplätzen ist die Folge und die Existenzen vieler Produzenten ist bedroht. Die Verknappung des Angebots lässt die Preise für die Verarbeiter, Gastronomie, Hotellerie und Konsumenten explodieren. Besonders sozial Benachteiligte und Personen ohne Möglichkeit zum Einkauf im Ausland bekommen die Preissteigerungen zu spüren.

... weil die Trinkwasser-Initiative Importe massiv erhöht.

Aufgrund der schwindenden regionalen Produktion und zur Sicherstellung der Versorgung müssen mehr Lebensmittel aus dem Ausland importiert werden. Ausländische Produkte stammen aus Produktionsbedingungen, die mit Schweizer Standards nicht mithalten können. Wie wichtig gerade Regionalität beim Einkaufsverhalten der Schweizer ist, zeigt die Corona-Krise. Gemäss einer Studie der Hochschule Luzern ist ein Trend zum verstärkten Kauf von regionalen Produkten zu beobachten. Die Kriterien «Schweiz», «Region» und «aktuelle Verfügbarkeit» sind den Befragten wichtiger als noch vor 3 Monaten. Aus Sicht der Umwelt, der Konsumenten und des Tierwohls ist eine verantwortungsvolle, regionale Produktion besser als steigende Importe.

... weil die Trinkwasser-Initiativen zu Denkverboten führt und Innovation verhindern.

Die Initiative führt im Forschungsbereich zu weitreichenden Konsequenzen. Die Forderung, dass öffentliche Gelder nur noch in pestizidfreie Produktion fließen darf, kommt einem Denkverbot gleich. Die Möglichkeit des Bundesrats Forschung, Beratung und Ausbildung zu fördern, wird stark eingeschränkt. Es besteht die Gefahr, dass neue und noch unbekannte Forschungsthemen, die einen wesentlichen Beitrag zu einer nachhaltigen Landwirtschaft leisten, nicht mehr finanziert werden. Zahlen der UNO (FAO) zeigen, dass landwirtschaftliche Innovationen zu enormen Steigerungen der Ernteerträge und verminderten Umwelteinflüssen führen. Innovative Produkte, etwa im Bereich der digitalen Landwirtschaft, können den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln reduzieren, bedingen aber Investitionen in Forschung und Entwicklung, die bei einer Annahme der Initiativen kaum mehr möglich wären. Technologieverbote lösen keine Probleme, führen aber zu Rückschritt und Wohlstandsverlust.

... weil die Trinkwasser-Initiative Food Waste fördert.

Als Naturprodukte sind Kulturen den Einflüssen der Umwelt stark ausgesetzt. Ohne PSM nehmen die Schäden an Gemüse, Früchten und Pflanzen massiv zu. Diese qualitativ angeschlagenen Produkte sind nicht nur weniger haltbar, sie lassen sich im Handel und bei den Konsumenten schlecht vermarkten. Ohne den Einsatz von PSM steigt dieser Anteil und der Food Waste nimmt zu.

... weil die Trinkwasser-Initiative die Konsumenten bevormundet.

Konsumentinnen und Konsumenten haben weniger regionale Auswahl und müssen tiefer in die Tasche greifen. Schweizerinnen und Schweizer haben die Wahl zwischen Produkten aus verschiedenen Regionen, Preisniveaus und Anbauarten. Eine Wahl, die sie rege nutzen, die aber durch die Initiative gefährdet ist: Ohne den Einsatz von PSM gibt es keine einheimischen Nahrungsmittel zu konkurrenzfähigen Preisen mehr. Konsumentinnen und Konsumenten mit knappem Budget sind gezwungen, landwirtschaftliche Produkte aus dem Ausland zu kaufen oder den Konsum von gesunden Produkten zu reduzieren, was wegen der Belastung des Gesundheitssystems volkswirtschaftliche Kosten zur Folge hätte.

... weil die Trinkwasser-Initiative Fortschritte und erreichte Erfolge anerkennt.

Bund und Produzenten tun schon heute viel, um Umwelt, Wasserqualität und Mensch zu schützen. Der Einsatz von PSM ist in den letzten zehn Jahren um 27 Prozent gesunken – der Gebrauch von Herbiziden sogar um 45 Prozent. Mit dem Aktionsplan Pflanzenschutzmittel, der 2017 vom Bundesrat verabschiedet wurde, wird der Verbrauch zusätzlich abnehmen. Der Aktionsplan will die Risiken halbieren, und es sollen Alternativen zum chemischen Pflanzenschutz gefördert werden. Die Initiative anerkennt, dass die Landwirtschaft bereits heute zahlreiche Methoden nutzt, um ihre Pflanzen vor Witterung, Naturereignissen, Unkraut und natürlichen Feinden zu schützen. Sie setzen Nützlinge ein, bauen resistente Sorten an, verwenden Techniken wie das Verwirrungssystem oder nutzen technische Innovationen. Zwei Jahre nach der Verabschiedung des Aktionsplans sind bereits wichtige Schritte zur Zielerreichung erfolgt, es braucht daher keine radikalen Massnahmen, wie sie die Initiative fordert.

